

DIALOG

KLIMAGERECHTIGKEIT: UNSERE VERANTWORTUNG, UNSERE ZUKUNFT

Vorwort

Die Klimakrise ist nicht irgendwann und irgendwo – sie ist jetzt und hier. Und sie betrifft uns alle, aber nicht alle im selben Maß. Wer heute jung ist, wird die Auswirkungen am längsten spüren. Wer im Globalen Süden lebt, spürt sie schon jetzt am stärksten. Gerechtigkeit in der Klimapolitik bedeutet deshalb, Verantwortung nicht nur national zu denken, sondern global – und über Generationen hinweg.

Als KLJB setzen wir uns für eine sozial-ökologische Transformation ein, die nicht auf Kosten anderer geht. Klimagerechtigkeit ist für uns kein vages Ideal, sondern ein politischer Auftrag: Wir wollen dazu beitragen, dass junge Stimmen im internationalen Klimaprozess gehört werden – laut, klar und konstruktiv.

Mit diesem Dialogpapier möchten wir unseren KLJB-Beschluss „Klimagerechtigkeit – Unsere Verantwortung, unsere Zukunft“ greifbarer machen. Die Inhalte wurden dafür so aufbereitet, dass sie auch für Menschen verständlich sind, die sich zum ersten Mal intensiver mit dem Thema Klima beschäftigen. Es ist also nicht nur eine Arbeitshilfe, sondern auch eine Einladung: zum Verstehen, zum Mitdiskutieren – und zum Aktivwerden.

Wir zeigen, wie die internationalen Klimaverhandlungen funktionieren, wo wir als KLJB politisch stehen und was wir konkret fordern. Denn wir sind überzeugt: Wer die Welt verändern will, muss sie verstehen und sich mutig einmischen.

Im Namen des KLJB-Bundesvorstands
Isabel Rutkowski

DIE WELTKLIMA KONFERENZ

KURZ ERKLÄRT

Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen (engl. United Nations Framework Convention on Climate Change, kurz: UNFCCC) ist ein internationales Abkommen, das 1992 ins Leben gerufen wurde, um dem globalen Klimawandel gemeinsam zu begegnen. Im Rahmen dieses Abkommens treffen sich die Vertragsstaaten jährlich zur Weltklimakonferenz, der sogenannten Conference of the Parties (COP), um Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu verhandeln.

Neben der COP gibt es auch die Zwischenverhandlungen (engl. Subsidiary Bodies, kurz: SBs), die vorbereitende

technische und inhaltliche Arbeit leisten. Die Struktur und der Ablauf der internationalen Klimaverhandlungen sind äußerst komplex – selbst für langjährige Beobachter*innen und Verhandler*innen oft schwer durchschaubar. Wir bemühen uns im Folgenden, einen möglichst verständlichen und zugleich umfassenden Einblick in die Prozesse zu geben. Seit 2018 ist die KLJB offiziell als Beobachterinnenorganisation der UN-Klimaverhandlungen akkreditiert. Dadurch haben wir die Möglichkeit, sowohl bei der COP als auch bei den Zwischenverhandlungen mit einer eigenen Jugenddelegation präsent zu sein und unsere Perspektiven in den Prozess einzubringen.

Zwischenverhandlungen



Immer in Bonn



Im Juni, tagt allerdings auch gleichzeitig mit der COP ein zweites Mal im Jahr



Technische Vorbereitung der COP durch Expertengremien: Detaillierte Ausarbeitung von Beschlüssen, die auf der COP verabschiedet werden sollen, Analyse wissenschaftlicher Berichte zur Klimakrise, Überprüfung des Fortschritts



Weltklimakonferenz



An wechselnden Standorten



Im November



Wichtigste internationale Klimakonferenz, bei der politische Entscheidungen getroffen werden: politische Verhandlungen auf höchster Ebene, Festlegung neuer Klimaziele und Regelwerke



Verwirrt wegen all der Begriffe? Das ist ganz normal. So geht es allen. Viel wichtiger als die Bezeichnungen, sind die Inhalte, die dort verhandelt werden. Dazu kommen wir gleich.

Grundlagen & bisherige Abkommen

Die Weltklimakonferenz baut auf einer Reihe internationaler Vereinbarungen auf. Die wichtigsten für die heutigen Verhandlungen sind:

Die **Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen (UNFCCC)** wurde 1992 verabschiedet. Sie bildet die Grundlage für die Klimaverhandlungen. Ziel ist es, eine gefährliche menschengemachte Störung des Klimasystems zu verhindern, die globale Erwärmung zu verlangsamen und ihre Folgen zu mildern.

Das 1997 unterzeichnete **Kyoto-Protokoll** war das erste völkerrechtlich verbindliche Abkommen unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen (UNFCCC), das die Industrieländer zu konkreten Treibhausgasreduktionen verpflichtete. Es legte damit den Grundstein für die späteren Klimaverhandlungen, einschließlich des Pariser Abkommens von 2015. Da das Kyoto-Protokoll nur die Industrieländer verpflichtete und große Emittenten* wie China oder Indien nicht einbezog, galt es als unzureichend. Die

Weltklimakonferenz entwickelte daher mit dem Pariser Abkommen (2015) ein neues System, das alle Staaten einbezieht.

Das **Pariser Abkommen** wurde 2015 unterzeichnet und verpflichtet alle Länder, nationale Klimaziele festzulegen und regelmäßig zu aktualisieren. Ziel ist es, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C, idealerweise 1,5°C, zu begrenzen.

Diese Abkommen bilden das Fundament der internationalen Klimaverhandlungen. Sie zeigen, wie sich Ziele, Verantwortlichkeiten und Ansätze zur Lösung der Klimakrise über die Jahre verändert haben. Wer sie kennt, versteht besser, worauf die heutigen Klimakonferenzen aufbauen und warum bestimmte Themen immer wieder verhandelt werden.

*gelb unterstrichene Begriffe werden im Glossar erläutert

Ablauf der Weltklimakonferenz

Die COP dauert in der Regel zwei Wochen und bringt Delegationen aus fast allen Ländern der Welt zusammen. Neben Regierungsvertreter*innen nehmen auch Wissenschaftler*innen, Unternehmen, Lobbyist*innen, Medienvertreter*innen, Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen an der Konferenz teil. Die ersten Tage sind oft von vorbereitenden Verhandlungen auf technischer Ebene geprägt, während in der zweiten Woche hochrangige Politiker*innen, darunter Staats-

und Regierungschefs sowie Umweltminister*innen, an den Verhandlungen teilnehmen. Die Verhandlungen finden in verschiedenen Formaten statt wie Plenarsitzungen, Arbeitsgruppen und bilateralen Treffen. Ziel ist es, Beschlüsse zu fassen, die entweder bestehende Abkommen umsetzen oder neue Abkommen auf den Weg bringen. Die Konferenz endet in der Regel mit einer Abschlusserklärung und formellen Beschlüssen.

Verhandlungsstränge

- **Emissionsminderungen:** Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen.
- **Klimaanpassung:** Strategien zur Anpassung an bereits eintretende Klimaveränderungen, insbesondere für die am stärksten betroffenen Länder und Regionen.
- **Klimafinanzierung:** Bereitstellung finanzieller Mittel für die am stärksten betroffenen Länder, um Maßnahmen zur Emissionsreduktion und Anpassung zu unterstützen.
- **Landwirtschaft und Ernährungssysteme:** Förderung von Technologien zur Emissionsminderung sowie Stärkung der institutionellen und technischen Fähigkeiten von besonders stark betroffenen Ländern.
- **Verluste und Schäden:** Unterstützung von Ländern, die bereits irreversible Schäden durch die Klimakrise erleiden, wie beispielsweise durch Extremwetterereignisse oder den Anstieg des Meeresspiegels.
- **Aktionen für Klimaempowerment und -beteiligung:** Stärkung von Menschen, um sich aktiv einbringen zu können und bei Klimaschutz und -anpassung mitzuwirken.

Klimagerechtigkeit und die Rolle der KLJB

Obwohl Klimagerechtigkeit kein offizieller Verhandlungsstrang der Klimakonferenzen ist, setzt sich die KLJB intensiv mit diesem Thema auseinander. Wir betrachten Klimaschutz als eine Frage globaler Gerechtigkeit und fordern, dass die Bedürfnisse und Rechte besonders betroffener Regionen und Bevölkerungsgruppen stärker berücksichtigt werden. Durch die Präsenz einer Jugenddelegation der KLJB auf den Klimaverhandlungen bringen wir die Perspektiven junger Menschen aktiv in Diskussionen ein und sensibilisieren für die Bedeutung eines

gerechten Übergangs (engl. just transition). Gemeinsam mit anderen Jugendverbänden und Aktivist*innen in der UNFCCC-Jugendvertretung YOUNGO setzen wir uns für echte Jugendbeteiligung auf den Konferenzen ein. Uns ist bewusst: Formale Beteiligung allein reicht nicht aus und echte Gleichberechtigung entsteht nicht nur durch formale Sitzplätze, sondern durch tatsächliche Einflussmöglichkeiten. Jugenddelegierte müssen nicht nur zuhören dürfen, sondern aktiv mitgestalten können – in allen Phasen des Verhandlungsprozesses.

Herausforderungen und Perspektiven

Die Klimakonferenzen stehen regelmäßig vor großen Herausforderungen. Dazu gehören der Interessenskonflikt zwischen Ländern des Globalen Südens und Nordens, die mangelnde Umsetzung bestehender Zusagen und die Finanzierung von Klimamaßnahmen. Dennoch sind die COPs entscheidend für die internationale Klimapolitik, da sie einen Raum für Verhandlungen und politische Verpflichtungen bieten. Mit der steigenden Dringlichkeit der Klimakrise wird erwartet, dass künftige Konferenzen ambitioniertere Maßnahmen und eine engere Zusammenarbeit zwischen den Staaten hervorbringen müssen, um die globalen Klimaziele zu erreichen.

Der COP-Prozess ist eine der wenigen globalen Plattformen, auf der alle Staaten – unabhängig von

Größe oder wirtschaftlicher Stärke – gleichberechtigt am Verhandlungstisch sitzen. Und doch stellt sich die Frage: Wie glaubwürdig ist ein solcher Prozess, wenn Vereinbarungen immer wieder vertagt oder nur unzureichend umgesetzt werden? Für viele Länder, für viele Menschen ist die Klimakrise nicht nur eine ferne Bedrohung – sie ist bereits Realität.

Jede weitere COP ist nicht nur eine weitere Station auf dem Weg zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens – sie ist eine Bewährungsprobe für den gesamten Prozess. Sie muss zeigen, ob es gelingt, bestehende Verpflichtungen mit konkreten Maßnahmen zu hinterlegen und Vertrauen in die multilaterale Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten.

UNSER BESCHLUSS

Einführung in den Beschluss

Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Für uns als KLJB steht fest: Wir müssen jetzt handeln, um unsere Zukunft zu sichern. Die Reduzierung von Emissionen ist dabei entscheidend, denn sie führen zur ansteigenden Erderwärmung, die nicht nur Ökosysteme und Tierarten bedroht, sondern auch unsere Lebensgrundlagen. Je länger wir warten, desto schwerwiegender werden die Folgen – Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen und Stürme werden immer häufiger und heftiger.

Doch es geht nicht nur darum, Emissionen zu senken. Wir müssen uns auch auf die bereits unvermeidlichen Folgen der Klimakrise vorbereiten. Anpassung bedeutet, dass wir lernen, mit veränderten Umweltbedingungen umzugehen, um Menschen und Natur zu schützen. Besonders wichtig ist auch, einen gerechten Umgang mit den Schäden und Verlusten zu finden, die bereits jetzt eintreten. Das gilt vor allem in den Regionen, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben, aber am stärksten darunter leiden.

Als junge Menschen sehen wir mit Sorge, dass viele ältere Entscheidungsträger*innen die Dringlichkeit und die Tiefe der Krise nicht ernst genug nehmen. Für uns

geht es um unsere Zukunft und diese darf nicht weiter aufs Spiel gesetzt werden. Auch junge Menschen aus ländlichen Räumen und Landwirt*innen erleben bereits heute die Auswirkungen von Wetterextremen und Veränderungen im Klima. Wir sind nicht nur Betroffene dieser Entwicklungen, sondern auch zentrale Akteur*innen bei der Suche nach Lösungen zur Erhaltung der Umwelt und Schöpfung.

Als KLJB stehen wir für Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Diese Werte sind nicht nur im Glauben, sondern auch in der internationalen Klimapolitik unverzichtbar. Wir fordern, dass auf wissenschaftliche Erkenntnisse endlich Taten folgen und der Schutz von Menschen und Natur im Vordergrund steht.

Mit diesem Antrag möchten wir klar machen: Die Zeit zu handeln ist jetzt! Wir fordern ambitionierten Klimaschutz, Anpassung an die Folgen der Klimakrise und einen gerechten Umgang mit den Verlusten und Schäden, die bereits entstanden sind. Dafür braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozess in Bezug auf Kommunikationswege, Wertschätzung, Verständnis und Vertrauen, um alle Maßnahmen erfolgreich umsetzen zu können.

KLIMA GERECHTIGKEIT

Infobox

Klimaschutz zielt auf Emissionsreduktion ab. **Klimagerechtigkeit** geht weiter: Sie stellt soziale und globale Ungleichheiten in den Fokus. Wer trägt Verantwortung? Wer leidet unter den Folgen? Wie kann Klimaschutz sozial gerecht gedacht werden? Der Begriff verbindet Klimapolitik mit Fragen von globaler (Un)Gerechtigkeit, (Anti)Diskriminierung, Generationengerechtigkeit und Dekolonialisierung. Im Konzept der Klimagerechtigkeit wird davon ausgegangen, dass die unterschiedlichen Beiträge zur Entstehung der Klimakrise sowie die ungleiche Betroffenheit berücksichtigt werden sollten, wenn es um die Verteilung von Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten geht.

Quellen: https://www.infoe.de/blog_post/definition-klimagerechtigkeit/
https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/2024/10/agjugendklima_broschuere_digital.pdf



Das Konzept der **Klimagerechtigkeit** beschreibt die Unabdingbarkeit, die Lasten und Chancen der Klimakrise global gerecht zu verteilen. Es geht um die Verteilung von Geld, Arbeit, Gesundheit, Ressourcen und politischer Teilhabe. Ein zentrales Thema der Klimagerechtigkeit ist die ungleiche Verteilung von Verantwortung und Folgen der Klimakrise. Die Hauptverursacher der Klimakrise, die Länder des Globalen Nordens, müssen ihren Ausstoß von Treibhausgasen drastisch verringern. Sie müssen die Länder des Globalen Südens unterstützen, sich an die Folgen der Klimakrise anzupassen, denn diese sind am meisten betroffen. Nur so können Verluste und Schäden gering gehalten werden. Die KLJB engagiert sich sowohl

innerverbandlich als auch durch nationale und internationale Partnerschaften für Gerechtigkeit und Solidarität. Unsere Mitglieder setzen sich auch auf den UN-Klimaverhandlungen für Klimagerechtigkeit und verantwortungsvolles Handeln ein.

Für einen gerechten Übergang zu einer klimagerechten Wirtschafts- und Lebensweise ist es unerlässlich, dass unterschiedliche Menschen und Akteur*innen an den UN-Klimaverhandlungen teilnehmen und ihre lokalen Perspektiven und Erfahrungen einbringen. Insbesondere der Schutz vulnerabler Gruppen und deren Menschenrechte sollten in politischen Klimaentscheidungen beachtet werden.





Als KLJB fordern wir daher:

- Die Einhaltung der Menschenrechte. Dabei soll insbesondere hervorgehoben werden: das Recht auf Gesundheit, die Rechte indigener Völker, der lokalen Gemeinschaften, von Personen mit Migrationsgeschichte, von Kindern, von Menschen mit Behinderungen und von Menschen in prekären Situationen sowie das Recht auf Entwicklung, die Gleichstellung aller Geschlechter, die Stärkung der Rolle von Frauen, inter*- und nicht-binären Personen und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen.¹
- Die Anerkennung einer **geschlechtsspezifischen Dimension der Klimakrise**.²
- Bessere Möglichkeiten für Vertreter*innen vulnerabler und der am stärksten betroffenen Gruppen an den Prozessen der Klimaverhandlungen **partizipieren** zu können, um ihre Perspektiven einzubringen. Insbesondere junge Menschen müssen besser im Prozess beteiligt werden.
- Eine neue Terminologie der Begriffe **developing/developed countries** (dt. Entwicklungsländer und entwickelte Länder), um sowohl sprachlich als auch per Definition eine Anpassung vorzunehmen, die der heutigen Realität besser entspricht.
- Die Länder des Globalen Nordens dazu auf, sich öffentlich zu ihrer historischen Verantwortung zu bekennen, sich aufgrund ihrer einzubringen, um Ressourcen künftig gerechter zu verteilen. Dies beinhaltet u.a. **Reparationen** zu leisten und die Staaten des Globalen Südens zu unterstützen.
- Als KLJB bekennen wir uns zur kolonialen Vergangenheit des Globalen Nordens und der daraus resultierenden Verantwortung der westlichen Industrienationen. Wir befürworten einen verstärkten Dialog und Meinungs-austausch zwischen Staaten des Globalen Südens und des Globalen Nordens sowie die gemeinsame Lösungsfindung. Wir setzen uns für eine Klimapolitik ein, die Chancen für alle Menschen schafft.

Echte **Partizipation** bedeutet mehr als nur die physische Anwesenheit von Vertreter*innen vulnerabler Gruppen bei Klimaverhandlungen wie COPs oder SBs. Es erfordert, dass ihre Stimmen aktiv gehört, ihre Perspektiven ernst genommen und ihre traditionellen Kenntnisse anerkannt werden. Ein Beispiel hierfür ist das Wissen indigener Gemeinschaften über nachhaltige Landwirtschaftspraktiken, das wertvolle Ansätze für Klimaanpassungsstrategien bietet. Daher sollten solche Gruppen nicht nur konsultiert, sondern ihre Meinungen sollten in Entscheidungsprozessen besonders gewichtet werden. Dies kann durch strukturelle Mechanismen wie feste Sitze in Verhandlungsgremien, Bereitstellung von Ressourcen für die Teilnahme und die Schaffung sicherer Räume für den Austausch gewährleistet werden.

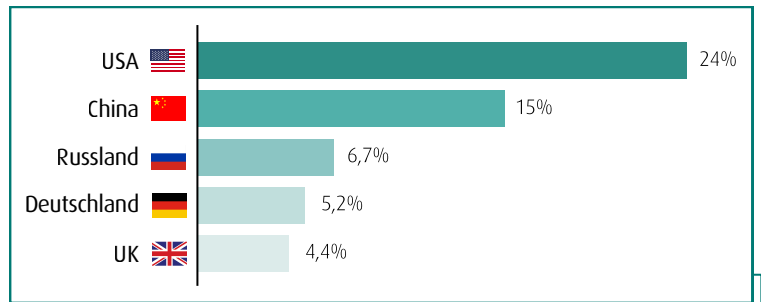
Quelle: <https://www.klimabuendnis.org/indigene-partner.html>

Die Klimakrise verstärkt bestehende soziale Ungleichheiten, insbesondere im Hinblick auf **Geschlecht** und Alter. FINTA-Personen (Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen) sowie Kinder und Jugendliche sind häufig stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen – durch eingeschränkten Zugang zu Ressourcen, geringerer politische Teilhabe oder höhere Belastung im Alltag. Geschlecht und Alter beeinflussen, wie verletzlich Menschen gegenüber Klimafolgen sind. Dieser Aspekt muss in der Klimapolitik mitgedacht werden.

Quelle: <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/5-fragen-klimagerechtigkeit>

Reparationen beziehen sich auf Maßnahmen, die darauf abzielen, historische Ungerechtigkeiten und Schäden, die durch koloniale Ausbeutung und Umweltzerstörung verursacht wurden, anzuerkennen und auszugleichen. Im Kontext der Klimagerechtigkeit können Reparationen verschiedene Formen annehmen beispielsweise finanzielle Entschädigung für Klimaschäden, technologische Unterstützung, Schuldenerlass – und vor allem: Anerkennung historischer Verantwortung für Ungleichheiten und Zerstörung.

Die Begriffe "**developed**" (entwickelt) und "**developing countries**" (entwickelnd) stammen aus der UN-Klimarahmenkonvention von 1992. Damals wurden die Länder basierend auf ihrer historischen Verantwortung für die Klimakrise unterteilt. „Entwickelte“ Länder sollten mehr zu Emissionsreduktion und Finanzierung beitragen. Seitdem hat sich die Welt verändert: Länder wie China oder Indien, einst als Entwicklungsländer eingestuft, sind heute wirtschaftlich stark und große Emittenten – was die alte Kategorisierung und Verantwortung zunehmend in Frage stellt.



TOP5-Länder mit den bisher höchsten CO2-Emissionen



Als KLJB fordern wir daher:

- Eine Verpflichtung der Länder des Globalen Nordens zur Unterstützung der Staaten des Globalen Südens bei der Planung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen. Auch Deutschland als **historisch viertgrößter Emittent** von Treibhausgasen (Stand 2022) muss sich dieser Verantwortung stellen.³ Dies impliziert nicht nur eine finanzielle Unterstützung, sondern auch die Bereitstellung von Technologien und Kapazitäten.
- Die Erarbeitung geeigneter und kontextbezogener Ziele für Anpassungsmaßnahmen, nachhaltige und zukunftsweisende Ansätze zu fördern und diese konsequent umzusetzen. Anpassungsmaßnahmen müssen langfristig und ganzheitlich realisiert werden.⁴
- Keine Bevormundung lokaler Gemeinschaften in der Konzipierung und Umsetzung lokaler Anpassungsmaßnahmen.
- Regionale Ansätze sowie **naturbasierte Lösungen** (engl. nature-based-solutions), um die spezifischen Bedürfnisse und Gegebenheiten vor Ort zu berücksichtigen.
- Eine Verdopplung der **Anpassungsfinanzierung** bis 2025 (engl. Climate Finance Delivery Plans) seitens der Länder des Globalen Nordens. Auch nach 2025 muss eine konstante und ausreichende Finanzierung von Anpassungsstrategien und -maßnahmen möglich gemacht werden.⁵
- Das eigenständige Bestehen des **Glasgow-Sharm-el-Sheikh-Arbeitsprogramms** zum **Globalen Anpassungsziel**. Besonders Aspekte wie lokale Partizipation und Bildung spielen für uns eine zentrale Rolle in der globalen Klimapolitik und dürfen nicht nur eine Teilrubrik darstellen.

Naturbasierte Lösungen (NbS) sind meist sehr regional angepasst: In Bangladesch und den Philippinen werden Mangrovenwälder wieder aufgeforstet, um sich vor Sturmfluten und Erosion zu schützen. Die Pflanzen bremsen Wellen, speichern CO₂ und schaffen Lebensräume. In Norddeutschland werden Moorlandschaften wiedervernässt, um Wasser zu speichern und CO₂ zu binden. In trockenen Regionen Ostafrikas setzen Kleinbäuerinnen und -bauern auf Agroforstsysteme, um Böden zu erhalten und Wasser zu speichern. Diese Beispiele zeigen, dass naturbasierte Lösungen überall anders aussehen und sich den regionalen Herausforderungen und Möglichkeiten anpassen.

Quelle: <https://unfccc.int/news/back-to-nature>

Laut dem Adaptation Gap Report 2024 des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) sind die internationalen öffentlichen Finanzströme für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern von 22 Milliarden US-Dollar im Jahr 2021 auf 28 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022 gestiegen. Trotz dieses Anstiegs bleibt die Finanzierungslücke erheblich, da der geschätzte Bedarf an **Anpassungsfinanzierung** zwischen 187 und 359 Milliarden US-Dollar pro Jahr liegt.

Quelle: <https://www.unep.org/gan/resources/report/adaptation-gap-report-2024>

ERNÄHRUNGSSYSTEME

von der landwirtschaftlichen Produktion bis zur Ernährungssicherheit

Als KLJB setzen wir uns täglich mit ganzer Kraft für eine starke und nachhaltige Landwirtschaft, sichere Ernährungssysteme und lebenswerte Räume ein. Wir werden weiterhin dafür eintreten, bis diese Ziele global erreicht und umgesetzt sind. Denn wir wissen, dass dies keine Utopie bleiben darf.

Etwa ein Drittel der globalen, durch den Menschen verursachten Treibhausgasemissionen stammen aus dem globalen Ernährungssystem, welches von der landwirtschaftlichen Produktion bis zum Konsum alle Schritte umfasst.⁶ Daher müssen Landwirtschaft und ihre vor- und nachgelagerten Systeme in Minderungsmaßnahmen mitgedacht werden. Konkrete Forderungen zum Beitrag der Landwirtschaft im Bereich der Minderungsmaßnahmen fehlen in den Verhandlungen.





Als KLJB fordern wir daher:

- Das Zusammendenken von Landwirtschaft und Ernährung als gemeinsames System (engl. **food system**) während des gesamten Prozesses. Dabei sind Transformationen des gesamten Systems notwendig, da Ernährungssysteme ein komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher Akteur*innen darstellen.⁷
- Die Implementierung agrarökologischer Praktiken, wie beispielsweise regionale Nährstoffkreisläufe, reduzierte Tierbestände, Anbau von Leguminosen, effizienter Umgang mit Wasserressourcen und integrierter Pflanzenschutz zur langfristigen Minderung von Treibhausgasemissionen und Anpassung an die Folgen der Klimakrise.⁸
- Politische Maßnahmen zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten und Lebensmittelverschwendung und faire Preise für Erzeuger*innen, die nachhaltig produzieren.⁹
- **Carbon Farming** als Kompensationsmaßnahme kritisch zu betrachten, denn die Bindung von Kohlenstoff ist reversibel, sodass keine Langfristigkeit gewährleistet kann. Es ist nur dem landwirtschaftlichen Sektor vorbehalten, nicht jedoch zur Kompensation in anderen Sektoren.
- Die Schaffung des politischen Rahmens für die zuvor genannten Punkte. Dabei ist folgendes unverzichtbar: langfristige Planungssicherheit, die finanzielle Unterstützung des Globalen Südens, Unterstützung von familiengeführten landwirtschaftlichen Betrieben und Kleinbauernhöfen, Schaffung von Räumen für den Austausch mit indigenen Bevölkerungsgruppen, welche nachhaltige Landwirtschaft und Naturwertschätzung betreiben, Förderung der Bildung zu gesunder und nachhaltiger Ernährung, die Förderung nachhaltiger Produkte im öffentlichen Raum (insbesondere auch in der Außerhausverpflegung), das Sicherstellen des Zugangs zu sauberem Trinkwasser und entwaldungsfreier Lieferketten sowie die höhere Mehrwertsteuer auf tierische Produkte.
- Fortführung von Landwirtschaft als eigener Verhandlungsstrang. Innerhalb der Klimaverhandlungen müssen Landwirtschaft und Ernährungssysteme in den **nationalen Klimaplänen** (engl. Nationally Determined Contributions, kurz NDCs), den **nationalen Anpassungsplänen** (engl. National Adaptation Plans, kurz NAPs) und im gesamten Prozess berücksichtigt werden.

Das sogenannte **“Food system”** bezeichnet alles rund um das Thema Nahrung und Ernährung, von der Produktion landwirtschaftlicher Produkte bis hin zum* zur Konsumenten*in. Dies schließt ebenso die Lebensmittelverarbeitung, den Handel, den Umgang mit Lebensmittelabfällen und Nebenprodukten im Sinne einer Kreislaufwirtschaft sowie die Politik mit ein. Eine stärker kreislauforientierte Gestaltung kann Ressourcen schonen, Verluste vermeiden und Emissionen reduzieren.

Die Besonderheit des **“Food systems”** ist, dass es einerseits für etwa ein Drittel der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich und andererseits stark von den Folgen der Klimakrise (wie beispielsweise Extremwetterereignissen) betroffen ist. Maßnahmen zur Minderung der Emissionen und Anpassung an die Folgen des Klimawandels beeinflussen sich oft gegenseitig und haben Co-Benefits mit den Bereichen Biodiversität und Gesundheit. Eine Ernährungsweise mit einem höheren Anteil pflanzenbasierter Lebensmittel („plant-based foods“) kann dazu beitragen, den ökologischen Fußabdruck der Ernährung erheblich zu senken und gleichzeitig positive Effekte auf Gesundheit und Tierwohl zu erzielen.

Damit die notwendigen Maßnahmen zur Transformation des **“Food systems”** von allen Akteuren gemeinsam getragen werden, sind insbesondere Kommunikation, gegenseitiges Verständnis, Wertschätzung und Vertrauen wichtig.

Quelle: IPCC, Special Report on Climate Change and Land, SPW, A.3

Böden sind wichtige Kohlenstoffspeicher. **Carbon Farming** bezeichnet landwirtschaftliche Praktiken, die zur Erhöhung des im Boden gebundenen Kohlenstoffgehalts führen und damit Kohlenstoffdioxid aus der Atmosphäre entnehmen. Der gebundene Kohlenstoff wird in Form von Humus gespeichert, dessen Gehalt zum Beispiel durch reduzierte Bodenbearbeitung, verbesserte Fruchtfolgen oder Untersaaten erhöht werden kann. Ein höherer Humusgehalt geht dabei in der Regel mit einer verbesserten Bodenstruktur, erhöhter Wasserspeicherfähigkeit und größerer biologischer Aktivität einher – alles Kennzeichen gesunder Böden. Praktiken zu Carbon Farming sind im Allgemeinen gut für die Bodengesundheit und Bodenfruchtbarkeit. Allerdings wird Kohlenstoff nur sehr langsam (Größenordnung Jahrzehnte bis Jahrhunderte) im Boden angereichert und die Bindung von Kohlenstoff im Boden ist reversibel. Das heißt, der Kohlenstoff ist in den Böden nicht für immer gebunden, sondern kann beispielsweise durch Umbrechen von Dauergrünland schnell wieder freigesetzt werden. Außerdem ist es schwierig, den genauen Kohlenstoffgehalt eines Bodens zu messen.

Quelle: Canadell, J.G., P.M.S. Monteiro, M.H. Costa, L. Cotrim da Cunha, P.M. Cox, A.V. Eliseev, S. Henson, M. Ishij, S. Jaccard, C. Koven, A. Lohila, P.K. Patra, S. Piao, J. Rogelj, S. Syampungani, S. Zaehle, and K. Zickfeld, 2021: Global Carbon and other Biogeochemical Cycles and Feedbacks. In Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Masson-Delmotte, V., P. Zhai, A. Pirani, S.L. Connors, C. Péan, S. Berger, N. Caud, Y. Chen, L. Goldfarb, M.I. Gomis, M. Huang, K. Leitzell, E. Lomony, J.B.R. Matthews, T.K. Maycock, T. Waterfield, Ö. Yelekçi, R. Yu, and B. Zhou (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA, pp. 673–816, doi:10.1017/9781009157896.007. (siehe zum Beispiel Abb. 5.12)

EMISSIONS MINDERUNGEN

(engl. mitigation)

Die Reduzierung der Emissionen von **Treibhausgasen** (wie CO₂, Methan und Lachgas) ist zwingend erforderlich, um die Bedrohungen der Klimakrise für Mensch und Umwelt abzuwenden. Die Reduktion der Emissionen ist der einzige Weg, um die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern und gleichzeitig sicherzustellen, dass unsere Erde auch für künftige Generationen ein lebenswerter Planet bleibt. Ohne politischen Willen und starke Emissionsreduzierungen fürchten wir um eine Zukunft, die für alle lebenswert ist.

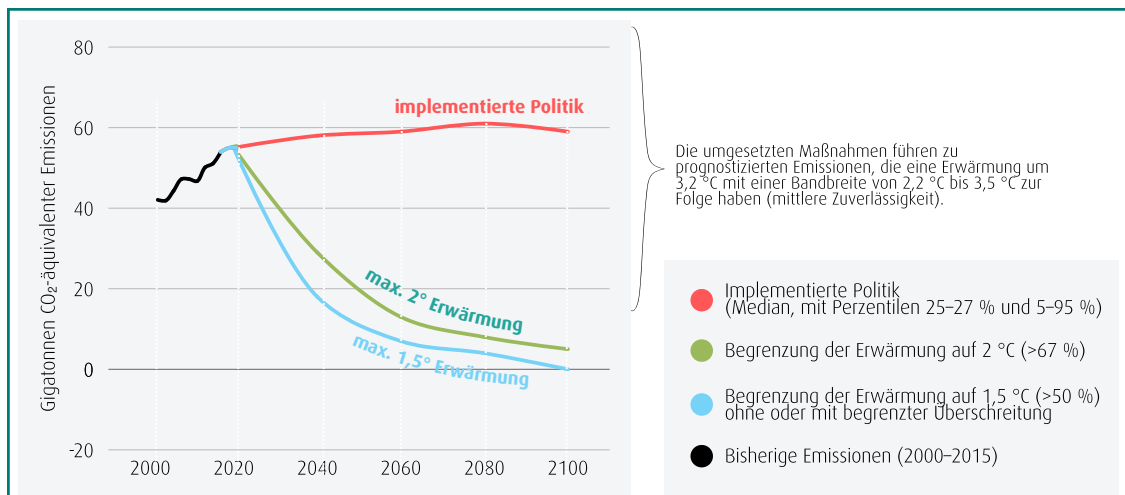
Durch **Treibhausgasen** wie CO₂, Methan und Lachgas reflektiert die Atmosphäre immer mehr Sonnenstrahlen, was die Erde zunehmend aufheizt. In der Folge geraten Ökosysteme aus dem Gleichgewicht, und die Lebensgrundlagen von Menschen und Tieren sind massiv bedroht. Besonders gefährlich sind sogenannte Kippunkte, etwa das Schmelzen des grönländischen Eisschildes oder der Zusammenbruch des Golfstroms, die irreversible und weitreichende Folgen für das globale Klima hätten.

Um den Klimawandel zu bekämpfen, muss die Konzentration dieser Treibhausgase in der Atmosphäre dringend reduziert werden. Dafür ist ein konsequenter Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Kohle, Gas und Öl notwendig und die weltweite Energieversorgung muss auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Diese Transformation muss sozial verträglich und global gerecht gestaltet werden.

Wo stehen wir?

Wie die Grafik zeigt, ist politisches Handeln dringend erforderlich: Mit den aktuellen Instrumenten werden wir das 1,5 Grad Ziel weit verfehlen. Schon 2024 wurde das Ziel mit 1,55 Grad über dem vorindustriellen Durchschnitt verfehlt. Die Temperaturen werden weiter steigen, wenn die Treibhausgasemissionen nicht umgehend drastisch reduziert werden.

Quelle: <https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr/figures/figure-spm-5>



Globale Netto-Treibhausgasemissionen (THG)



Als KLJB fordern wir daher:

- Keine Neuaufnahme fossiler Projekte und weiteren Investitionen in fossile Projekte.¹⁰ Wir verurteilen geplante Erdgasprojekte und fordern das Einstellen weiterer Planungen.¹¹ Hierauf wurde sich bereits im Glasgow Statement (2021) geeinigt und dies wurde auch durch die G7 bekräftigt. Eine Veränderung sehen wir seither allerdings nicht.
- Von der Bundesregierung weiterhin verbindliche **Sektorziele** im **Klimaschutzgesetz**, um Klimaschutz wirksam und zielgerichtet zu gestalten.
- Eine globale Energiewende, die gerecht umgesetzt wird und keine neuen Abhängigkeiten schafft.
- Eine ambitionierte Umsetzung der Ergebnisse der **Globalen Bestandsaufnahme** (engl. Globale Stocktake, kurz GST).
- Keinen Einsatz von Technologien zur **Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoffdioxid** (engl. **Carbon Capture and Storage, kurz CCS**) unter den aktuellen Voraussetzungen. Dennoch befürworten wir weitere Forschung in diesem Bereich, da die Technologie womöglich langfristig eine Notwendigkeit darstellen wird.

Definition

CCS-Technologien sind eine Gruppe von Verfahren und Technologien, die entwickelt wurden, um CO₂ dem Kohlenstoffkreislauf zu entziehen und anschließend einzulagern. Normalerweise geschieht das an der Quelle des CO₂, zum Beispiel an einem Kraftwerk. Es gibt aber auch Methoden, das CO₂ Biomasse ("Bioenergy with carbon capture and storage", (BECCS) oder der Luft ("direct air capture, DACCS) zu entziehen. Mögliche Speicherorte für die Einlagerung des CO₂ können unterirdische geologische Formationen wie leere Erdgaslagerstätten, Salzkavernen oder tiefe Gesteinsschichten sein, die das CO₂ angeblich sicher einschließen können.

Risiken

Hierbei bestehen jedoch viele Risiken – beim Einpressen von CO₂ in den Boden können ähnlich fatale Folgen auftreten wie beim Fracking von Erdgas. Zudem kann die langfristige Einlagerung des Kohlenstoffs nicht sicher gewährleistet werden und es bleibt ein Risiko bestehen, dass der abgeschiedene Kohlenstoff wieder in die Atmosphäre gelangt, womit jegliche Klimaschutzwirkung hinfällig ist. Bereits bei geringen Leckagen von nur 1 % pro Jahr würde CCS mit den hohen zusätzlichen Emissionen durch Energieaufwand und Transport sogar mehr Emissionen zur Folge haben als die Nicht-Nutzung der Technologie. Außerdem ist die Nutzung von CCS-Technologien sehr teuer und wird durch Unternehmen im Globalen Norden angeboten. Diese Technologien bergen so die Gefahr, globale Ungerechtigkeiten weiter zu verstärken.

Weitere Forschung

Trotzdem wird CCS benötigt, um zum Beispiel die Stahl- und Zementindustrie in naher Zukunft zu treibhausgasarmen Industrien umzubauen, weil bessere Technologien (noch) nicht existieren. Um die Risiken bei diesem Einsatz zu minimieren, muss weiter an diesen Technologien geforscht werden. Das darf aber – wie auch der Bericht des IPCC zeigt – kein Anlass sein, sich weiterhin auf fossile Energiequellen zu verlassen.

Quelle: Arbeitsgruppe Jugend und Klimaaußenpolitik 2023: Climate Action Paper. Online: https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2023/11/231120_Climate_Action_Paper.pdf

GUTSCHRIFTEN SYSTEME

Als KLJB sehen wir einige Risiken in marktbasierter Mechanismen¹², die beachtet werden müssen. Insbesondere den Zertifikatshandel sehen wir kritisch. Oft werden Zertifikate für Projekte ausgestellt, die auch ohne zusätzlichen Anreiz realisiert worden wären. Ein wirkungsvolles Zertifikat kann nur für die Entfernung von Treibhausgasen ausgestellt werden — nicht für die Verhinderung von Emissionen.¹³

Der Handel mit Zertifikaten birgt die Gefahr, dass sich das Wirtschaftssystem nicht verändert oder Staaten sogar in koloniale Praktiken zurückfallen.¹⁴ Es gibt zusätzlich Fälle, in denen Kompensationsprojekte zu Landraub, Schwierigkeiten in der Ernährungssicherheit, Gefahren für die Umwelt und den Artenschutz geführt haben.¹⁵



Funktionsweise

In Gutschriftensystemen (auch Crediting- oder Kompensationsmechanismen genannt) werden Märkte geschaffen, um Treibhausgaseinsparungen handelbar zu machen. Solche Einsparung können zum Beispiel durch Aufforstung, den Bau von Solaranlagen oder die Speicherung von Kohlenstoff in Mooren erzeugt werden. Für die erzielten Einsparungen erhalten die Projekte Zertifikate, die verkauft werden können. Unternehmen oder Personen, die Treibhausgase ausstoßen, können diese Zertifikate kaufen und auf ihre eigene Klimabilanz anrechnen.

Die Idee dahinter ist, dass es keine Rolle spielt, wo und wie Treibhausgase eingespart werden, solange die Gesamtmenge an Emissionen weltweit sinkt. Doch das funktioniert nicht immer. Ein Beispiel sind Aufforstungsprojekte: Wenn ein Kohlekraftwerk seine Emissionen durch neu gepflanzte Wälder ausgleicht, wird Kohlenstoff, der normalerweise über Jahrtausende sicher im Boden lagert, in Bäumen gespeichert. Diese können jedoch durch Waldbrände oder Abholzung schnell wieder CO₂ freisetzen.

Neben den Gutschriftensystemen, die im Pariser Abkommen unter Artikel 6 für Staaten eingeführt werden, gibt es auch freiwillige Kohlenstoffmärkte. Diese funktionieren ähnlich, nur, dass die Zertifikate von Organisationen oder Unternehmen wie Verra ausgestellt werden. Wenn ein Produkt als „klimaneutral“ gekennzeichnet ist, wurden wahrscheinlich solche Zertifikate genutzt, um die Emissionen auszugleichen. Allerdings zeigen Studien, dass rund 94 % der Zertifikate aus freiwilligen Märkten keine echten Treibhausgaseinsparungen darstellen. Selbst der offizielle Mechanismus der UN schneidet mit mindestens 84 % nicht viel effektiver ab.

Quellen: Fischer, T., Knuth, H., 2023. CO₂-Zertifikate. Grün Getarnt. ZEIT 19–21. Online: <https://www.zeit.de/2023/04/co2-zertifikate-betrug-emissionshandel-klimaschutz>; Probst et al. 2024.





Als KLJB fordern wir daher:

- Dass Marktmechanismen nicht als universelles Lösungsinstrument für die Klimakrise betrachtet werden, sondern allenfalls als ergänzende Maßnahme dienen.
- Es muss sichergestellt werden, dass Marktmechanismen nicht zur Absenkung der eigenen Ambitionen bei den Klimaschutzbemühungen führen. Dafür muss die eigene Emissionsreduktion einer Kompensation immer vorgezogen werden.
- Wir brauchen eine strenge und wissenschaftliche Überwachung des Zertifikatshandels im Rahmen des Pariser Abkommens. Nur so können wir die Zunahme von Emissionen verhindern und somit wertlos gehandelte Zertifikate reduzieren.
- Die transparente Berechnung der Emissionsreduktion und die Autorisierung der Zertifikate über das UNFCCC.
- Eine Aussetzung des Handels mit Kompensationszertifikaten, bis die oben genannten Forderungen erfüllt sind.

Koloniale Praktiken durch Creditingmechanismen (Beispiel)

Die Produktion von Biokohle bietet die Möglichkeit, Kohlenstoff zu binden. Gleichzeitig hat ihre Produktion z. B. in indigenen Gemeinschaften in Liberia als anthropogene dunkle Erden kulturelle Bedeutung. Durch die Produktion dieser Erden hält die Loma-Gemeinschaft ihre Verbindung zur Natur und zu ihren Vorfahren aufrecht. Wird die Produktion dieser Erden in Kohlenstoffmärkte integriert, entsteht Kolonialität, indem sie auf ihre Funktion als Biokohle reduziert und dadurch von ihrer kulturellen Bedeutung entkoppelt werden. Außerdem müssen die Produktionsweisen vereinheitlicht werden, wodurch kulturelles Wissen und lokale Praktiken verloren gehen.

Quelle: Leach, M., Fairhead, J., Fraser, J., 2012. Green grabs and biochar. Revaluing African soils and farming in the new carbon economy. Journal of Peasant Studies 39, 285–307. <https://doi.org/10.1080/03066150.2012.658042>



Was haben Gutschriftenssysteme mit Keksen zu tun?

Unsere Freund*innen von der BUNDjugend erklären es euch in einer dreiteiligen Reel-Reihe:



Teil 1



Teil 2



Teil 3



VERLUSTE UND SCHÄDEN

(engl. loss & damage, kurz l&d)

Verluste und Schäden entstehen schon heute aufgrund zahlreicher Folgen der Klimakrise und führen zu hohen Kosten, die wir alle tragen. Steigende Meeresspiegel und intensive Wetterextreme gefährden Mensch und Umwelt und führen zu Ernteverlusten, Gesundheitsproblemen, Verlust von Infrastruktur, Kulturen und Lebensräumen, vor allem in Regionen des Globalen Südens.



Als KLJB fordern wir daher:

- Eine nachhaltige und langfristige Befüllung des **Fonds für Verluste und Schäden** (engl. Loss and Damage Fund, kurz LDF). Dabei soll die Finanzierungsstrategie auf dem **Verursacherprinzip** basieren. Deutschland hat einen Sitz im LDF-Board und dadurch besondere Gestaltungsmöglichkeiten, die genutzt werden müssen.
- Einzahlungen in den LDF von sogenannten **carbon majors** ((fossile) Unternehmen, die für über zwei Drittel der globalen Emissionen verantwortlich sind).
- Einen direkten und gesicherten Zugang betroffener Gemeinschaften zu finanziellen Mitteln.
- Eine Einbindung indigener und anderer betroffener Gemeinschaften sowie ein menschenbasierter Ansatz bei der Verteilung von Geldern.
- Die Überarbeitung des **Internationalen Warschauer Mechanismus**, um das Zusammenspiel aller Gremien für Verluste und Schäden zu gewährleisten und den finanziellen Bedarf sichtbar zu machen.
- Entwicklung von Strategien zum Umgang mit **nicht-ökonomischen Verlusten und Schäden**, um den vielfältigen Herausforderungen der Klimakrise gerecht zu werden.
- Einen ständigen Tagesordnungspunkt zu Verlusten und Schäden bei Verhandlungen des UNFCCC, um einen ständigen Verhandlungsraum zu sichern.

Mögliche Beispiele für carbon majors sind: Saudi Aramco, Shell, TotalEnergies, Coal India, CHN Energy

Der Loss and Damage Fund (LDF) wurde eingerichtet, um Entwicklungsländer zu unterstützen, die besonders von den negativen Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Bis zum 14. März 2025 wurden von 27 Ländern insgesamt 765,59 Millionen US-Dollar zugesagt.

Quelle: <https://unfccc.int/topics/climate-finance/funds-entities-bodies/fund-for-responding-to-loss-and-damage/pledges-to-the-fund-for-responding-to-loss-and-damage>

Mögliche Beispiele sind: Verlust von Menschenleben, Gesundheitliche Beeinträchtigungen, Verlust kulturellen Erbes, Beeinträchtigung sozialer Netzwerke und Identität, Schäden an Biodiversität und Ökosystemen

KLIMA FINANZIERUNG

(engl. climate finance)

Die **Klimafinanzierung** stellt einen zentralen Aspekt im globalen Bestreben dar, der Klimakrise entgegenzutreten und die Anpassungsmaßnahmen auszubauen. Im besonderen Maße werden hier die Themen der Klimagerechtigkeit und **der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung** deutlich. Klimafinanzierung und die gerechte Erbringung und Verteilung dieser finanziellen Mittel ist unabdingbar für eine Zukunft, in der alle Lebewesen und Ökosysteme von einem stabilen Klima profitieren. Nur mit Solidarität, Fairness und Verantwortungsübernahme können wir der Klimakrise entgegenzutreten.

Das Prinzip der "**gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortungen**" (Common but Differentiated Responsibilities, kurz CBDR) ist ein Grundsatz im internationalen Umweltrecht. Es erkennt an, dass alle Staaten für den Schutz der Umwelt verantwortlich sind, jedoch aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungsstände und historischer Beiträge zum Klimawandel nicht gleichermaßen in die Pflicht genommen werden können. Dieses Prinzip wurde erstmals 1992 in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) formalisiert.

Quelle: <https://climatenexus.org/climate-change-news/common-but-differentiated-responsibilities-and-respective-capabilities-cbdr-rc/>





Als KLJB fordern wir daher:

- Eine Reform der **globalen Finanzarchitektur**, die die Klima- und **Schuldenkrise** zusammendenkt und faire Mitbestimmungsstrukturen schafft. Länder und Regionen, die besonders stark von den Klimafolgen betroffen sind, müssen einen einfachen und gesicherten Zugang zu finanziellen Mitteln erhalten.
- Die im Rahmen des **neuen Klimafinanzierungsziels** (engl. New Collective Quantified Goal, kurz NCQG) erhobenen Forderungen sollen auf einer Bedarfsanalyse basieren, welche auf den tatsächlichen Bedürfnissen der Länder des Globalen Südens beruht. Diese soll einer regelmäßigen Evaluierung unterliegen, die gegebenenfalls zu einer entsprechenden Anpassung der Forderungen führen kann.
- Eine Festlegung von Unterzielen für die Bereiche Anpassung, Minderung sowie Bewältigung von Verlusten und Schäden.
- Einen Ausgleich/Kompensation der Defizite beim Erreichen des **100-Milliarden-Dollar-Ziels** aus den Vorjahren. Hier halten wir es für unerlässlich, Druck auf die Länder des Globalen Nordens auszuüben, die bislang keinen angemessenen Beitrag zum 100-Milliarden-Dollar-Ziel geleistet haben.
- Einen perspektivischen Anstieg der öffentlichen Unterstützung bis zum Jahr 2030 auf über eine Billionen US-Dollar, insbesondere in Form von Zuschüssen und Förderkrediten.
- Die Sicherstellung der **deutschen Klimafinanzierungszusage** von sechs Milliarden Euro bis 2025 und eine Verdopplung der Mittel zur Unterstützung der Anpassungsmaßnahmen. Wir fordern, dass die Haushaltsmittel auch nach 2025 weiter auf mindestens acht bis zehn Milliarden Euro pro Jahr ansteigen.
- Eine Klimafinanzierungspolitik, die zu gleichen Teilen in Anpassung und Minderung investiert.

Auf der COP29 in Baku einigten sich die Vertragsstaaten auf das **neue kollektive Klimafinanzierungsziel** (New Collective Quantified Goal, NCQG) mit einem angestrebten jährlichen Umfang von 300 Milliarden US-Dollar ab 2025. Dieses Ziel soll die gestiegenen Bedarfe der Entwicklungsländer in Bezug auf Minderung, Anpassung und Schäden besser adressieren.

Einordnung der KLJB und anderen NGOs: Trotz der nominellen Verdreifachung im Vergleich zum 100-Milliarden-Ziel entspricht dieses neue Ziel keinem echten Fortschritt, wenn man Inflation, den Anstieg klimabedingter Schäden sowie gestiegene Anpassungs- und Minderungskosten berücksichtigt. Verschiedene Expert*innen sprechen daher von einem „finanziellen Stillstand mit neuem Etikett“. Ohne strukturelle Reformen und verbindliche Zusagen droht das neue Ziel, ähnlich wie sein Vorgänger, symbolisch zu bleiben.

Quelle: <https://www.germanwatch.org/de/91882>

Die **globale Klimafinanzarchitektur** besteht aus einer Vielzahl von Finanzierungsmechanismen, die darauf abzielen, Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels und zur Anpassung an dessen Folgen zu unterstützen. Diese Mechanismen umfassen multilaterale Fonds wie den Grünen Klimafonds (Green Climate Fund, GCF), bilaterale Initiativen zwischen Ländern sowie nationale Finanzierungsinstrumente. Die Struktur ist komplex und entwickelt sich ständig weiter, wobei Finanzmittel durch verschiedene Kanäle fließen, einschließlich öffentlicher und privater Quellen. Eine Herausforderung besteht darin, die Koordination und den Zugang zu diesen Finanzmitteln zu verbessern, um ihre Wirksamkeit zu maximieren.

Das **100-Milliarden-Dollar-Ziel** wurde 2009 von entwickelten Ländern festgelegt, mit dem Versprechen, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu mobilisieren. Dieses Ziel wurde jedoch erst 2022 erreicht, als die bereitgestellten Mittel erstmals über 100 Milliarden US-Dollar lagen. Die Verzögerung bei der Erreichung dieses Ziels hat das Vertrauen zwischen entwickelten und Entwicklungsländern beeinträchtigt.

Quelle: <https://www.oecd.org/en/about/news/press-releases/2024/05/developed-countries-materially-surpassed-their-usd-100-billion-climate-finance-commitment-in-2022-oecd.html>

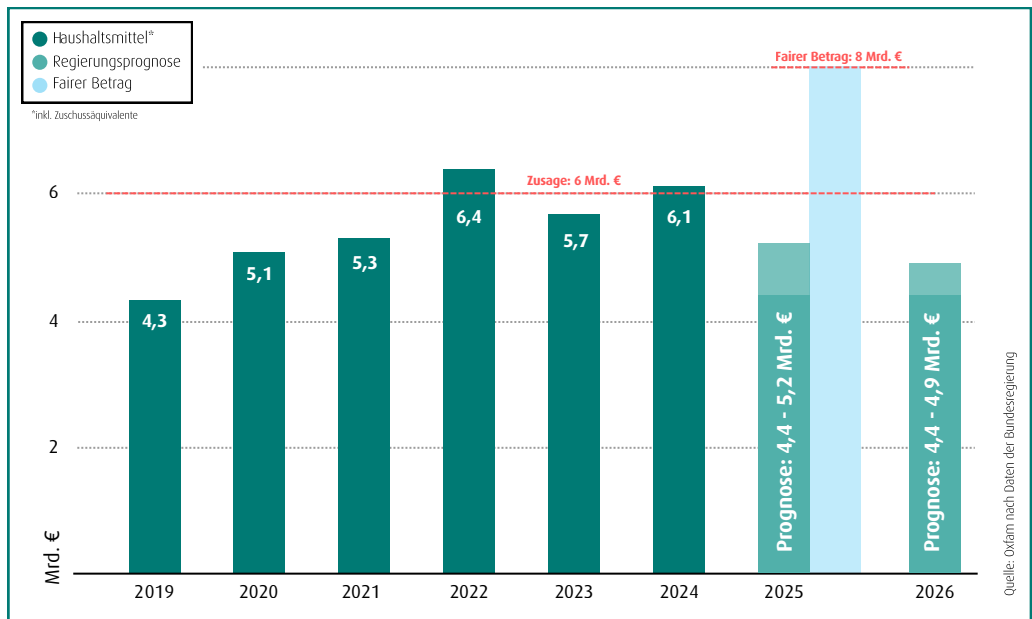
Deutschland hat im Jahr 2022 laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 6,39 Milliarden Euro an **Klimafinanzierung** bereitgestellt und somit sein Ziel von sechs Milliarden jährlich bis 2025 vorzeitig erreicht. Auch für die Wiederauffüllung des Grünen Klimafonds wurden 2 Milliarden Euro zugesagt – ein Plus von 33 % gegenüber der vorherigen Runde.

Kritische Einordnung:

Die offizielle Summe berücksichtigt jedoch nicht nur echte Zahlungen, sondern auch Kredite, Exportgarantien oder bereits bestehende Projekte, die umetikettiert wurden. Transparenz und Zusätzlichkeit sind weiterhin unklar geregelt. Zudem liegt Deutschlands realer Finanzierungsanteil, gemessen an Wirtschaftskraft und Emissionen, deutlich höher als das bisher Geleistete. Entwicklungsorganisationen fordern deshalb eine deutliche Aufstockung und klare Kriterien für die Anrechnung der Mittel.

Quelle: <https://www.deutschecklimafinanzierung.de/blog/2023/11/klimafinanzierung-2023-und-2024-wieder-sinkende-mittel/>

Klimafinanzierung bis 2024 und Prognosen bis 2026



Dargestellt sind, der Praxis der Bundesregierung folgend, die jeweils bereitgestellten Haushaltsmittel und die Zuschuss-äquivalente für zinsvergünstigte Kredite. Nicht dargestellt sind die Kredite selbst bzw. die auf dem Kapitalmarkt mobilisierten Mittel, die dann zur Bereitstellung öffentlicher Kredite genutzt werden. Bis 2024 sind die erreichten Summen gezeigt, für 2025 und 2026 die Prognose der Bundesregierung. Der faire Betrag im Jahr 2025 müsste bei 8 Milliarden Euro liegen.

NATIONALE KLIMAPLÄNE

(eng. **Nationally Determined Contribution, kurz NDC**)

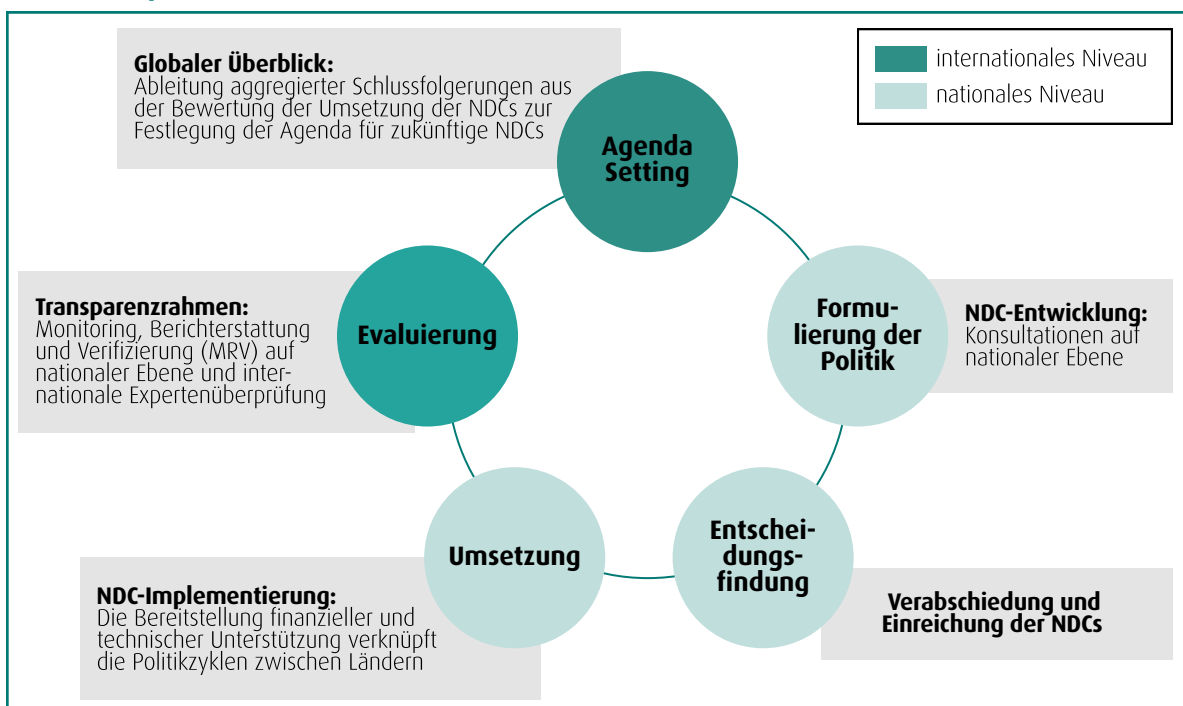
Die **nationalen Klimapläne** sind ein wichtiger Bestandteil der Klimaverhandlungen, da in den Plänen festgehalten wird, welche innerstaatlichen Minderungsmaßnahmen und Anpassungsmaßnahmen im Sinne des 1,5-Grad-Ziels umgesetzt werden sollen. Deutschland ist als EU-Mitgliedstaat an das NDC der Europäischen Union gebunden, welches bisher zwar gute und langfristige Pläne beinhaltet, künftig jedoch deutlich ambitionierter sein muss.¹⁶

NDCs, also **nationale Klimapläne**, wurden mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 eingeführt. Jedes Land legt darin selbst fest, wie viel es zum Klimaschutz durch Emissionsreduktionen oder Anpassungsmaßnahmen beitragen will. Diese Beiträge müssen alle fünf Jahre aktualisiert werden und ambitioniertere Ziele beinhalten. Das Weltklimasekretariat überprüft alle fünf Jahre in der sogenannten globalen Bestandsaufnahme (engl. Global Stocktake), wie weit die Weltgemeinschaft insgesamt beim Klimaschutz ist. Die Ergebnisse sollen die Länder motivieren, ihre NDCs zu verbessern. Der erste Überprüfungszyklus lief im Jahr 2023, die nächste globale Bestandsaufnahme ist im Jahr 2028.

Quelle: <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/nationally-determined-contributions-ndcs>



Der NDC-Zyklus



Quelle: https://www.researchgate.net/figure/The-NDC-cycle-as-a-policy-cycle_fig1_333757286



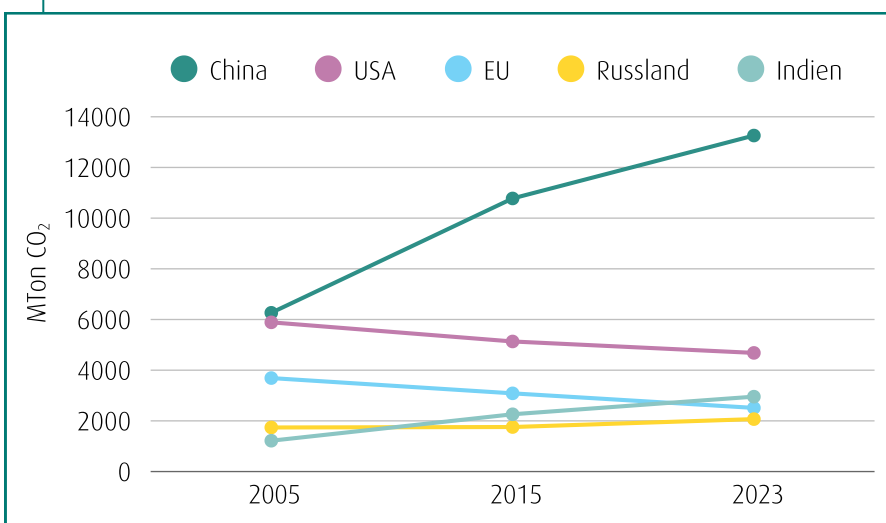
Als KLJB fordern wir daher

von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der EU als Staatenbund:

- Höhere Minderungsambitionen der EU beim neuen NDC. Die Reduzierung der Treibhausgase im Rahmen des EU-weiten "FitFor55"-Plans um mindestens 55 % im Vergleich zu 1990 bis 2030 ist unzureichend. Die globalen Emissionen müssen bis 2030 um mindestens 65% reduziert werden, um das Pariser Ziel einzuhalten.¹⁷
- Die Übernahme historischer Verantwortung der EU-Mitgliedsstaaten als größte Emittenten, die auch eine finanzielle Unterstützung von Ländern des Globalen Südens bei der Erstellung ihrer NDCs umfasst und die Umsetzung von Minderungsmaßnahmen. Wir fordern insbesondere die Bundesregierung dazu auf, auch andere **große Emittenten** an ihre Verantwortung zu erinnern und für ambitioniertere NDCs zu plädieren.
- Die Berücksichtigung der divergierenden Lebensrealitäten der Bevölkerung bei der Erstellung ihrer NDCs, insbesondere der von der Klimakrise besonders betroffenen Gruppen, zu denen Kinder und junge Menschen, Frauen, ressourcenschwache Personen sowie Arbeitnehmer*innen in betroffenen Sektoren zählen.

Die EU stellt den weltweit größten Binnenmarkt dar, weshalb ihre Klimapolitik von entscheidender Bedeutung für die Eindämmung der Klimakrise ist. Ein konkretes, ambitioniertes und zugleich realistisch umsetzbares NDC stellt ein kraftvolles Signal in den internationalen Klimaverhandlungen dar.¹⁸

Die fünf großen Emittenten aus den Jahren 2005, 2015, 2023



Quelle: https://edgar.jrc.ec.europa.eu/report_2024?vis=co2tot#emissions_table

Climate Action Tracker

Der **Climate Action Tracker** ist ein unabhängiges wissenschaftliches Projekt, das seit 2009 die Klimaschutzmaßnahmen von Regierungen mehrmals jährlich analysiert, bewertet und überprüft, inwieweit Staaten ihre Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen im Rahmen internationaler Abkommen einhalten.



»» ACTION FOR CLIMATE EMPOWERMENT

Bildungsarbeit, öffentliches Bewusstsein, Training, Beteiligung der Öffentlichkeit und öffentlicher Zugang zu Informationen sowie internationale Zusammenarbeit sind die Kernthemen im Verhandlungsstrang Action for Climate Empowerment (dt. Aktionen für Klimaempowerment und -beteiligung).¹⁹ ACE soll die Grundlage für ein klimapolitisches Engagement und die bewusste Entscheidungsfindung der Wirtschaft, der Politik und der Zivilgesellschaft bilden. Als KLJB begrüßen wir diesen Ansatz der Vermittlung von Wissen und die Bereitstellung von Partizipationsmöglichkeiten im Klimadiskurs sehr.

In unseren eigenen Strukturen leben wir die Beteiligung junger Menschen, die mit ihrem Wissen, ihren Wünschen und Perspektiven unseren Verband gestalten. Wir fördern und fordern gesellschaftliches und politisches Engagement und sehen darin die besondere Stärke der Action for Climate Empowerment-Maßnahmen. Leider besteht für das Verhandlungsthema eine unzureichende Aufmerksamkeit. Auch das Fehlen von Zielen und Indikatoren sowie finanziellen Ressourcen ist problematisch.

Die sechs Säulen von ACE

Bildung

Öffentliches Bewusstsein

Training

Öffentliche Beteiligung

Zugang zu Informationen

Internationale Zusammenarbeit





Als KLJB fordern wir daher:

- Eine umfassende Klimabildung in allen Altersgruppen.
- Die Integration von Bildung für nachhaltige Entwicklung und Klimabildung als Querschnittsthemen in die Curricula aller Bildungsstufen und aller Fächer mit Anknüpfungspunkten ist erforderlich. Die Integration der Klimabildung in die Lehrpläne aller Schulen gewährleistet den chancengleichen Zugang zu diesen Themen. Es ist erforderlich, dass Lehrkräfte die Möglichkeit erhalten, sich fortzubilden, um auf diese Weise die Kompetenz zu erwerben, Klimabildung effektiv und auf wissenschaftlich fundierter Grundlage anzubieten.
- Mehr Möglichkeiten für die aktive Beteiligung junger Menschen in klimapolitischen Kontexten.
- Eine Aufstockung öffentlicher Mittel für ACE im Rahmen des Kinder- und Jugendplans (kurz KJP) etc. sowie eine Unterstützung von Jugendinitiativen und -projekten im Bereich Klimaschutz und -bildung durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Trainings zum Capacity Building.
- ACE in den europäischen NDCs zu berücksichtigen und sich für quantifizier- und prüfbare ACE-Ziele in allen NDCs einzusetzen.
- Die höhere Priorisierung von ACE in den Verhandlungen.

ACE fördert das Bewusstsein für das Klima, befähigt Menschen dazu, sich zu engagieren und zu partizipieren. Um ein breites Engagement für den Klimaschutz in der Gesellschaft zu fördern, ist die Umsetzung umfassender Maßnahmen im Bereich ACE unerlässlich. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Prozesse und Ergebnisse der Klimakonferenzen von den lokalen Akteur*innen verstanden werden, damit die Maßnahmen und Entscheidungen auf lokaler Ebene umgesetzt und unterstützt werden können.



Jugendverbände können ein zentraler Bestandteil von Action for Climate Empowerment (ACE) sein, weil sie als Werkstätten der Demokratie jungen Menschen ermöglichen, sich aktiv und selbstorganisiert in gesellschaftliche Prozesse einzubringen. In Jugendverbänden lernen junge Menschen, Verantwortung zu übernehmen, Meinungen zu vertreten und gemeinsam Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln – auch für den Klimaschutz.



AUTOR*INNEN

An diesem DIALOG haben Johanna, Marietheres, Anna, Luis und Karolin als ehrenamtliche Mitglieder der Klima-Aktionsgruppe mitgeschrieben sowie Isabel und Lea als hauptamtliche Begleitungen der Bundesstelle. Sie alle haben an Zwischenverhandlungen und/oder der Weltklimakonferenz teilgenommen und haben ihre Erfahrungen und Expertise in dieses Papier einfließen lassen.



Johanna Ritter

“ Ich wünsche mir für die Klimakonferenzen: mehr gegenseitiges Zuhören, mehr Inklusion von Perspektiven marginalisierter Gruppen und Minderheiten, und vor allem mehr Beteiligung der Zivilgesellschaft und ein Weitertragen der Erfolge über die Verhandlungen hinaus.



Marietheres Kleuter

“ Ich wünsche mir, dass Klimakonferenzen nicht länger von Machtspielen geprägt sind, sondern echte Veränderungen anstoßen. Besonders in der Landwirtschaft brauchen wir Lösungen, die Klima, Natur und Menschen gemeinsam in den Blick nehmen – und endlich den Mut, sie umzusetzen.



Lea Fernengel

“ Ich wünsche mir, dass die Entscheidungsträger*innen auf den Klimakonferenzen endlich verbindliche und ambitionierte Maßnahmen beschließen, die den globalen Temperaturanstieg wirksam begrenzen. Die Interessen zukünftiger Generationen, der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Menschen, best-practice-Modelle und die wissenschaftlichen Erkenntnisse sollten dabei im Mittelpunkt stehen – nicht kurzfristige wirtschaftliche Vorteile oder politische Machtspiele. Außerdem wünsche ich mir, dass die beschlossenen Maßnahmen nicht nur gut klingen, sondern auch konsequent in die Tat umgesetzt werden.

“ Ich wünsche mir, dass sich alle auf das Wesentliche zurückbesinnen, nämlich wie wir unseren gemeinsamen Planeten schützen und lebenswert erhalten können. Dass Entscheidungen auf Basis wissenschaftlicher Fakten gefällt werden. Dass die Klimaverhandlungen geprägt sind von Transparenz, Wertschätzung, Vertrauen, Verständnis. Und dass es die Weltgemeinschaft schafft, gemeinsam die Weichen für eine positive Zukunft zu stellen und die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.

Anna Weber



“ Klimakonferenzen haben das Potenzial, Räume zu eröffnen, in denen Staaten die Klimakrise als gemeinsames Problem anerkennen, gerechte Verantwortung übernehmen und eine lebenswerte Zukunft für alle auf diesem Planeten gestalten. Doch noch fehlt der Wille, dieses Potenzial tatsächlich zu nutzen. Ich wünsche mir, dass die Staaten über nationale Eigeninteressen hinauswachsen und im engen Dialog mit der Zivilgesellschaft den Mut finden, radikale Schritte für eine umfassende sozial-ökologische Transformation zu gehen.

Luis Lütkehellweg



“ Ich wünsche mir klare Entscheidungen für eine gerechte Zukunft. Es darf nicht länger um Machtspiele gehen, sondern um echte Lösungen – sozial, ökologisch und global fair. Junge Menschen und marginalisierte Gruppen müssen mitgestalten können. Klimagerechtigkeit braucht verbindliches Handeln – nicht irgendwann, sondern jetzt.

Isabel Rutkowski



“ Ich wünsche mir, dass mehr die eingebunden werden, die von den Folgen der Klimakrise und den Konsequenzen der Entscheidungen auf den Konferenzen zentral betroffen sind. Dass die Stimmen mehr Gehör finden, die von diesen Personen-gruppen kommen: von Minderheiten, kleinen Staaten, jungen Menschen und Menschen aus dem globalen Süden. So kann der Prozess nicht nur inklusiver gestaltet werden sondern auch effektiver werden, indem man auf wertvolles Wissen von denen, die direkt betroffen sind und eigenen Lösungen entwickeln, zurückgreift.

Karolin Ott



FUSSNOTEN

- ¹ Knopf, B., Verspohl, I., Schaffert, A., Zeller, M.-L. & Zukunft KlimaSozial. (2024). Eine sozial gerechte und klimaneutrale Zukunft sichern: 11 Thesen für eine Klimasozialpolitik. In Zukunft KlimaSozial. Zukunft KlimaSozial ZKS gGmbH. <https://www.zukunft-klimasozial.de>
- ² Frauen sind stärker von Extremwettern betroffen, Bäuerinnen arbeiten besonders oft unter prekären Bedingungen, Frauen arbeiten vermehrt in informellen Sektoren (<https://unwomen.de/klima-und-gender/#:~:text=Klima%20&%20Gender.%20Frauen%20sind%20besonders%20stark%20von>).
- ³ <https://ourworldindata.org/co2-emissions>
- ⁴ Beispiele können sein: Förderung ökologischer Landwirtschaft, Schutz von Biodiversität.
- ⁵ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/klimaussenpolitik/climate-finance-delivery-plan/2560798>
- ⁶ IPCC, Special Report on Climate Change and Land, Summary for Policymakers, <https://www.ipcc.ch/srccl/chapter/summary-for-policy-makers/>
- ⁷ IPCC, Special Report on Climate Change and Land, Summary for Policymakers, <https://www.ipcc.ch/srccl/chapter/summary-for-policy-makers/>
- ⁸ KLIB-Beschluss Landwirtschaft der Zukunft (2021)
- ⁹ 25-30% der Nahrungsmittel gehen entlang der gesamten Kette verloren oder werden verschwendet (IPCC, Special Report on Climate Change and Land, Summary for Policymakers, siehe: <https://www.ipcc.ch/srccl/chapter/summary-for-policy-makers/>); KLIB-Beschlüsse Landwirtschaft der Zukunft (2021) und Lebensmittel wertschätzen (2017).
- ¹⁰ KLIB, Schicht im Schacht, Bad Honnef, 2015.
- ¹¹ Dies ist darauf zurückzuführen, dass den genannten Technologien eine Gefährlichkeit, Kostenintensität, Kurzfristigkeit sowie eine Verstärkung sozialer Ungleichheiten innewohnt.
- ¹² Marktbasierte Mechanismen sind Instrumente, die den Handel mit Emissionen ermöglichen.
- ¹³ Weitere Gefahren können sein: mangelnde Langfristigkeit bei der Emissionentfernung (siehe Absatz zu Landwirtschaft, Ernährungssysteme und Ernährungssicherheit), oder Überschätzung von Kompensationskraft, um zum Beispiel eine größere Anzahl an Zertifikaten zu generieren (Cullenward, Danny, Grayson Badgley, und Freya Chay. „Carbon Offsets Are Incompatible with the Paris Agreement“. One Earth 6, Nr. 9 (September 2023): 1085–88. <https://doi.org/10.1016/j.oneear.2023.08.014>
- ¹⁴ So auch Papst Franziskus, Enzyklika Laudato Si', Rom 2015, Nr. 171.
- ¹⁵ Dunne, Daisy, und Yanine Quiroz. „Mapped: The Impacts of Carbon-Offset Projects around the World“. Carbon Brief, 26. September 2023. <https://interactive.carbonbrief.org/carbon-offsets-2023/mapped.html>, abgerufen am 10.08.2024
- ¹⁶ <https://unfccc.int/sites/default/files/NDC/2023-10/ES-2023-10-17%20EU%20submission%20NDC%20update.pdf?download>
- ¹⁷ Das Umweltinstitut München e.V. stellte fest, dass die globalen Emissionen bis 2030 um 65% reduziert werden müssten, um das Pariser Ziel einzuhalten (<https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/meldungen/klimapakiet-fit-for-55-wie-ernst-meint-es-die-eu-mit-dem-klimaschutz/>).
- ¹⁸ <https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/meldungen/klimapakiet-fit-for-55-wie-ernst-meint-es-die-eu-mit-dem-klimaschutz/>
- ¹⁹ Siehe Artikel 12 des Pariser Abkommens.

GLOSSAR & ABÜRZUNGSVERZEICHNIS

	Carbon majors	Große Unternehmen, vor allem aus der fossilen Energieindustrie, die einen erheblichen Anteil an den weltweiten Treibhausgasemissionen haben.
	Food system	Das globale Ernährungssystem, einschließlich der Produktion, Verarbeitung, Verteilung und des Konsums von Lebensmitteln, das erheblichen Einfluss auf die Umwelt hat.
	Carbon farming	Landwirtschaftliche Praktiken, die darauf abzielen, CO ₂ aus der Atmosphäre zu binden und im Boden zu speichern, um die Klimakrise zu bekämpfen.
100-Milliarden-Dollar-Ziel		Ein Ziel, das entwickelte ¹ Länder bis 2025 verpflichtet, jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimafinanzierung in Entwicklungsländer bereitzustellen.
Abscheidung & Speicherung von Kohlenstoffdioxid (freie Übersetzung)	CCS	Technologien, die CO ₂ aus Industrieprozessen oder der Atmosphäre abscheiden und es unter der Erde speichern, um Emissionen zu reduzieren.
Aktionen für Klimaempowerment/-beteiligung	ACE	Action for Climate Empowerment Eine Initiative der UNFCCC, die Bildung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Klimaschutz fördert, um das Engagement der Zivilgesellschaft zu stärken.

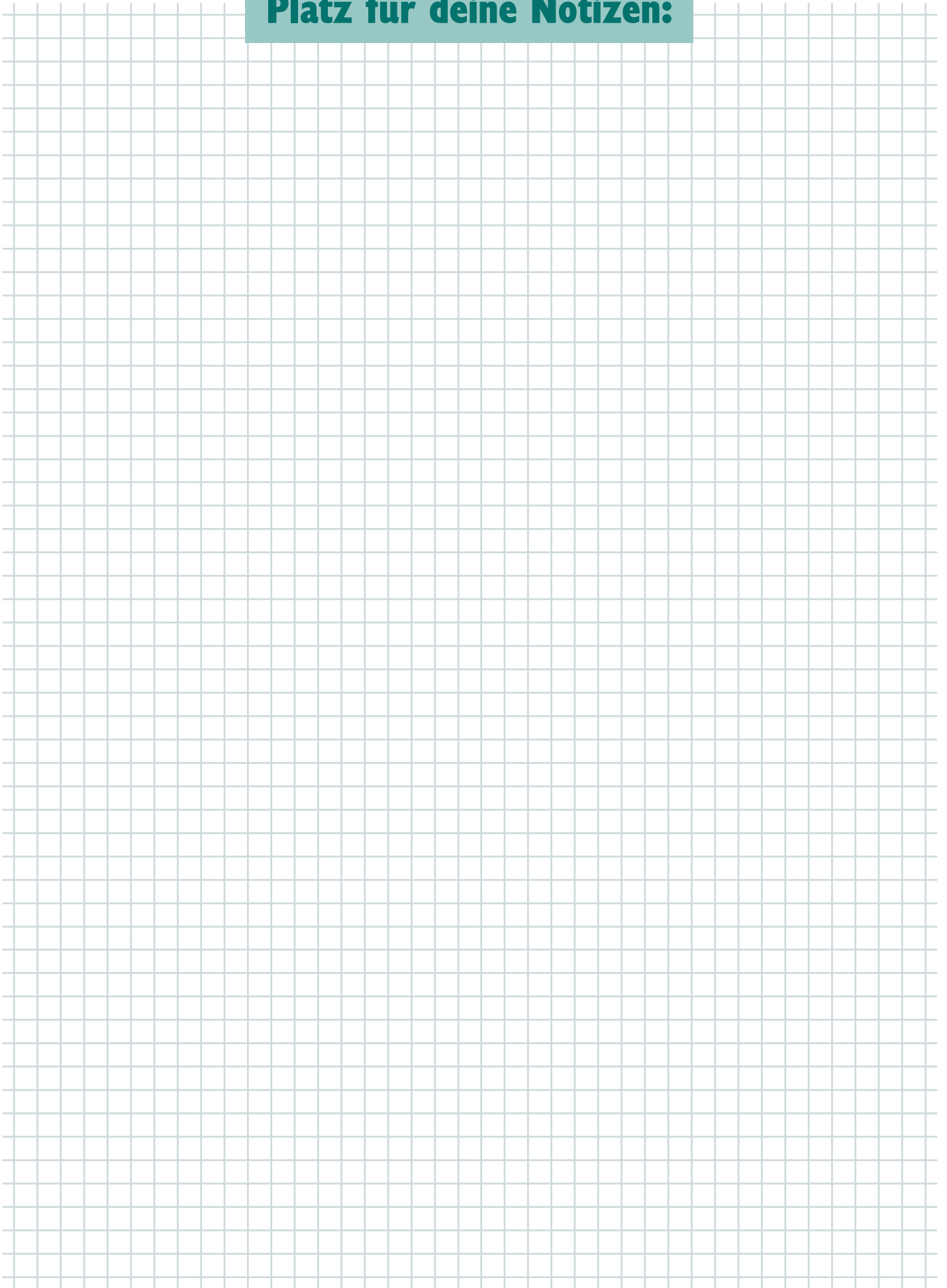
¹ Als entwickelte Länder zählen nicht nur die Länder des Globalen Nordens, sondern auch z.B. Brasilien und China. Diese schützen sich allerdings mit der veralteten Definition der Entwicklungsländer, weshalb es hier immer wieder zu Streitigkeiten kommt.

Anpassung	Adaptation	Maßnahmen, die darauf abzielen, die negativen Auswirkungen der Klimakrise zu verringern oder sich an veränderte Umweltbedingungen anzupassen.
Deutsche Klimafinanzierung		Der Beitrag Deutschlands zur internationalen Klimafinanzierung, der zur Unterstützung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern dient. Die aktuelle Zusage beträgt sechs Milliarden Euro.
Emissionsminderungen	Mitigation	Die Reduzierung der Menge an Treibhausgasen, die in die Atmosphäre freigesetzt werden, um die Klimakrise zu verlangsamen.
Emittent		Ein Emittent ist eine Person oder ein Land, welches direkt oder indirekt Treibhausgase in die Atmosphäre freisetzt, z.B. durch industrielle Prozesse oder die Nutzung fossiler Brennstoffe.
Entwicklungsländer/ entwickelte Länder	developing/ developed countries	Entwicklungsländer sind Staaten mit niedrigerem Einkommen und geringerem industriellen Fortschritt, während entwickelte Länder wirtschaftlich wohlhabender und technologisch fortgeschrittener sind.
Fitfor55-Plan der EU	Adaptation	Ein Maßnahmenpaket der EU, das darauf abzielt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 % im Vergleich zu 1990 zu senken.
Fond für Verluste und Schäden	LDF Loss and damage fund	Ein Finanzierungsmechanismus, der Länder unterstützt, die bereits unter Auswirkungen der Klimakrise leiden und nicht durch Anpassungsmaßnahmen geschützt werden können.
Gerechter Übergang	Just Transition	Just Transition ist ein politisches Konzept für einen gerechten sozial-ökologischen Wandel, bei dem der Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft so gestaltet wird, dass niemand benachteiligt oder zurückgelassen wird. Besonders im Fokus stehen dabei der Schutz von Arbeitsplätzen, soziale Sicherheit und die Teilhabe betroffener Gemeinschaften an Entscheidungsprozessen.
Glasgow-Sharm-el- Sheikh-Arbeitsprogramms zum Globalen Anpassungsziel		Ein Arbeitsprogramm, das auf der COP26 in Glasgow (2021) beschlossen wurde, um das Globale Ziel für Anpassung operationalisierbar zu machen. Das bedeutet, dass das Arbeitsprogramm Methoden und Indikatoren entwickeln soll, um Fortschritte in Anpassungsmaßnahmen messbar und vergleichbar zu machen. Außerdem soll eine Plattform geschaffen werden, um Wissen auszutauschen.

Globale Bestandsaufnahme	GST	Global Stocktake	Ein Mechanismus des Pariser Abkommens, der alle fünf Jahre die kollektiven Fortschritte der Länder bei der Erreichung der Klimaziele überprüft.
Globaler Norden	GN		Bezeichnet Länder, die sich in einer wirtschaftlichen und politisch privilegierten Position befinden. Länder des Globalen Nordens sind historisch für den Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich.
Globaler Süden	GS		Länder des Globalen Südens sind politisch, wirtschaftlich oder gesellschaftlich benachteiligte Staaten, die stärker von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, obwohl sie weniger zu den globalen Emissionen beigetragen haben. Die Bezeichnung soll die Position von Ländern möglichst wert- und hierarchiefrei beschreiben.
Globales Ziel für Anpassung	GGA	Global Goal on Adaptation	Bestandteil des Pariser Klimaabkommen, das darauf abzielt die weltweite Anpassungsfähigkeit an die negativen Auswirkungen der Klimakrise zu stärken.
Internationaler Warschauer Mechanismus			Dieser Mechanismus wurde 2013 im Rahmen der UN-Klimakonvention eingerichtet, um den Verlusten und Schäden durch die Klimakrise, insbesondere in Ländern des Globalen Südens, entgegenzuwirken und Unterstützung bereitzustellen.
Kinder- und Jugendplan	KJP		Ein Förderprogramm der Bundesregierung, das Projekte und Maßnahmen unterstützt, die die Teilhabe und das Engagement von Kindern und Jugendlichen fördern.
Klimafinanzierung		Climate finance	Finanzielle Unterstützung, die insbesondere Länder des Globalen Südens erhalten, um die Klimakrise zu bekämpfen und sich anzupassen.
Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen	UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change	UNFCCC ist ein internationales Abkommen, das 1992 verabschiedet wurde, um die weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung der Klimakrise zu koordinieren.
Klimaschutzgesetz	KSG		Deutsches Gesetz, das verbindliche Ziele für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen festlegt und Maßnahmen für den Klimaschutz regelt.
Nationale Anpassungspläne	NAPs	National Adaptation Plans	Strategien, die von Ländern entwickelt werden, um sich auf die unvermeidlichen Folgen der Klimakrise vorzubereiten und ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken.

Nationale Klimapläne	NDCs	Nationally Determined Contributions	(Freiwillige) Klimaziele, die Länder im Rahmen des Pariser Abkommens einreichen, um ihre nationalen Beiträge zur Reduzierung von Emissionen festzulegen.
Neues Klimafinanzierungsziel	NCQG	New Collective Quantified Goal	Ein zukünftiges Finanzierungsziel, das die 100 Milliarden Dollar jährlich übersteigt und für die Zeit nach 2025 festgelegt wird.
Pariser Abkommen		Paris agreement	Ein internationales Abkommen, das 2015 von 197 Staaten unterzeichnet wurde, um den globalen Temperaturanstieg auf unter 2°C, idealerweise auf 1,5°C, zu begrenzen.
Pläne für die Bereitstellung von Klimafinanzierung (freie Übersetzung)		Climate Finance Delivery Plans	Berichte und Strategien, die festlegen, wie finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um die Kosten für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu decken.
Schuldenkrise			Bezieht sich auf die wirtschaftliche Belastung von Entwicklungsländern, die aufgrund ihrer hohen Verschuldung nur begrenzt auf die Klimakrise reagieren können.
Sektor(en)ziele			Klimaziele, die für spezifische Wirtschaftsbereiche wie Energie, Verkehr oder Landwirtschaft festgelegt werden, um deren Emissionen zu senken.
Verluste und Schäden			Bezieht sich auf die negativen Auswirkungen der Klimakrise, die nicht mehr vermieden oder durch Anpassungsmaßnahmen gemildert werden können. Dazu zählen irreversible Schäden an Ökosystemen und Infrastruktur, wie bspw. Landverlust durch den Anstieg des Meeresspiegels.
Verursacherprinzip			Das Verursacherprinzip ist ein umweltpolitisches Prinzip, das besagt, dass diejenigen, die Klimakrise verursachen, die meisten Kosten für die Beseitigung oder Reduzierung der Umweltschäden tragen sollen.

Platz für deine Notizen:



Impressum

DIALOG – Informationen und Nachrichten zu aktuellen Themen der verbandlichen Diskussion

Herausgeberin: Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e. V. (KLJB), www.kljb.org

Inhalte: Lea Fernengel, Isabel Rutkowski

Lektorat: Malte Koch

Entwicklung: KLJB-Bundesstelle

Schlussredaktion: Lea Fernengel, Isabel Rutkowski

Fotos: KLJB, BMUV, Canva/alessandrobiascioli

Graphiken: siehe Quellenangaben

Layout: Hannah Wastlhuber

Verlag: Landjugendverlag GmbH
Drachenfelsstraße 23
53604 Bad Honnef-Rhöndorf
Tel.: 02224/9465-0
Fax: 02224/9465-44
E-Mail: info@landjugendverlag.de

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier mit mineralölfreien, umweltfreundlichen Druckfarben bei Siebengebirgsdruck, Bad Honnef

Erscheinungsdatum: Oktober 2025



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend